

borderline-europe, Sizilien

SCIROCCO

Kurzinfo aus Italien



Scirocco [ʃiˈrɔkko-Schirokko] ist ein südöstlicher, heißer starker Wind, der für oftmals nur wenige Stunden Staub und Sand über das Mittelmeer nach Sizilien und Italiens Norden trägt. Diese Kurzinformatik erscheint seit März 2021 in einem ca. monatlichen Rhythmus.

Situation der Geflüchteten

Good News – SAI Einrichtungen für Integration

Um mit positiven Nachrichten zu beginnen, stellen wir zwei Einrichtungen vor, die Migrant*innen gezielt fördern und ihre Integration unterstützen. Ihr Fokus liegt auf doppelt Diskriminierten, die neben ihrer Herkunft auch aufgrund sexueller Orientierung oder körperlicher Einschränkungen Benachteiligung erfahren. Gerade angesichts politischer Bestrebungen, Integration zu erschweren, zeigen diese Beispiele, wie wertvoll es ist, allen Menschen eine Chance zu geben.

Das [Casa dei Mirti](#) ist eine Einrichtung des Waldenser Diakoniezentrums „La Noce“ in Palermo, welches sich seit 2021 als Teil des SAI-Netzwerks (italienisches System zur Aufnahme und Integration von Geflüchteten), speziell für minderjährige und nicht-begleitete Geflüchtete ausgerichtet hat. Einer der dort Untergebrachten ist Amadou: Er ist von Geburt an gehörlos. Seine Flucht aus dem Senegal nach Italien war lang und riskant. In Tunesien wurde er Opfer von einem Raub, dessen Narben er immer noch trägt. Seit 2023 ist er nun untergebracht im



Foto: [Casa dei Mirti](#) - Fußballspiel am Foro Italico in Palermo

[Casa dei Mirti](#) und konnte die Unterstützung erhalten, die er braucht. Dank eines Cochlea-Implantat und einer Sprachtherapie erlernte er, trotz Taubheit, das Sprechen. Außerdem kann er an einer Schule für Hörgeschädigte seine Ausbildung fortsetzen. Vor Kurzem gewann er sogar die italienische Gehörlosen-Fußballmeisterschaft unter 21. Sein Fußballtraining kann er nun mit der ACSD Borgo Nuovo Calcio-Schule mit Hörenden fortsetzen.

Anfang Januar fand in Neapel außerdem die Einweihung eines Aufnahmezentrums für Migrant*innen statt, die der LGBTQI+ - Community angehören. Das „Casa Arcobaleno“ (Regenbogenhaus) ist damit das erste Aufnahmezentrum im Süden Italiens, welche sich aktiv für die Rechte von LGBTQI+ Migrant*innen einsetzt. Gaetano [Manfredi](#), der Bürgermeister Neapels, sagte dazu: „Viele dieser Migrant*innen kommen aus Kontexten, in denen individuelle Einzigartigkeit oft als Bedrohung empfunden wird. Diese Initiative ist ein Leuchtfeuer der Hoffnung, das zeigt, dass kulturelle Vielfalt ein Reichtum ist.“

Bari – 80 Migrant*innen werden zu Obdachlosen

Ein anderes Bild zeichnet sich jedoch auf den Straßen Baris. Dort wurden [rund 80 Migrant*innen](#), denen bereits internationaler Schutz gewährt wurde, aus einem Erstaufnahmezentrum (CARA) auf die Straße gesetzt. Der Grund: Das CARA sei nur Erstaufnahmezentrum und damit nicht mehr zuständig. Die Möglichkeit, einen Platz in einem SAI (die Folge- oder Zweitaufnahme, die auch helfen soll, Fuß in Italien zu fassen) zu erhalten, ist jedoch gering. Problem ist, dass viele Menschen, die einen internationalen Schutzstatus erhalten haben, nun keinen Wohnsitz finden. Doch ohne angemeldeten Wohnsitz gibt es auch keine Möglichkeit andere Dienstleistungen zu beantragen, die den Migrant*innen eigentlich zuständen. Der unbürokratische Übergang zwischen Erst- und Zweitaufnahmezentren sei damit unterbrochen, so [Gewerkschaftsbüro Fuorimeracto](#). Dies hat ernsthafte Folgen für die schutzberechtigten Migrant*innen: Innerhalb von fünf Tagen wurden sie zu Wohnungslosen gemacht, ohne die Möglichkeit zu erhalten, ihre Rechte geltend zu machen. Das direkte Resultat der systematischen Vernachlässigung von Zweitaufnahmezentren ist also die Entrechtung schutzberechtigter Migrant*innen.

Politische Situation

Update: Italien-Albanien Deal

Am 28. Januar 2025 versuchte Giorgia Meloni es erneut: 49 Migrant*innen, die von der Küstenwache und der Finanzpolizei als „geeignet“ eingestuft

waren, wurden auf das Marineschiff Cassiopeia gebracht und ins albanische Shëngjin gefahren, so wie es das Albanien-Protokoll, ein Vorhaben zur Externalisierung von Asylverfahren, vorsieht. Die [genauen Umstände der Auswahl](#) von „geeigneten“ Personen lassen sich jedoch nicht rekonstruieren, was wieder einmal die Intransparenz des Vorgehens der italienischen Regierung zeigt. Zu dieser Intransparenz trägt auch die [Abwesenheit der UN-Agentur \(IOM\)](#) bei, die für die Überprüfung der gefährdeten Personen während des Marineeinsatzes verantwortlich sein sollte.

Bei der Ankunft in Shëngjin wurden alle Personen einem kurzen Screening unterzogen. Dabei stellte sich heraus, dass vier der Geflüchteten minderjährig und zwei schutzbedürftig waren, und damit [haftunfähig](#). Sie wurden ins italienische Brindisi überstellt. Die [anderen 43 Personen](#), darunter acht Ägypter und 36 Bangladescher wurden im Grenzzentrum in Gjadër eingesperrt, ihre Anträge auf internationalen Schutz wurden umgehend abgelehnt. Doch das [Berufungsgericht in Rom](#) beschloss die Inhaftierung der 43 Migranten nicht zu bestätigen. Sie verwies den Fall an den Europäischen Gerichtshof. Dieser hatte in einem Urteil vom 4. Oktober 2024 erklärt, dass ein Land nur dann als sicher gelten kann, wenn es in allen Teilen seines Hoheitsgebiets für alle Personengruppen sicher ist. Nun stellt sich die Frage, ob die Richtlinie so auszulegen sei, dass auch ein Land, in dem es eine oder mehrere Kategorien von Menschen gibt, die bedroht oder verfolgt werden, für unsicher erklärt werden kann. Die Migranten wurden daraufhin freigelassen und von der italienischen Küstenwache nach Bari (Apulien) gebracht wo sie gegen ihre [Asylablehnung Klage](#) eingereicht haben.

Trotz der dritten Niederlage, die Meloni nun zu verzeichnen hat, zeigt sie sich positiv. Denn sie scheint neue Pläne zu schmieden: Die Albanien-Zentren sollen in [CPRs](#) (Abschiebehafzentren) umgewandelt werden. Auch die [europäische Kommission](#) plant einen ähnlichen Gesetzesentwurf zu „Rückführungszentren“ außerhalb der Grenzen der EU. Doch das Vorhaben stößt auch auf Kritik und die Frage der rechtlichen Machbarkeit auf nicht-EU-Territorium. [Davide Faraone](#), Vorsitzender von Italia Viva, betont, dass es bereits in Italien CPRs gebe.

Meloni versuche um jeden Preis die Zentren zu füllen, um den Anschein zu erhalten, dass ihr Plan funktioniere. Doch das Umlenken der Meloni-Regierung sei lediglich ein Eingeständnis des Scheiterns des albanischen Modells, so [Simona Bonafè](#) von der Demokratischen Partei.



Foto: [meltingpot.org](#) (Klodiana Millona) – Grenzzentrum in Gjadër

Elmasry - Affäre: Italienische Regierung lenkt ein; IStGH unter Druck

Die Festnahme und anschließende Freilassung des libyschen Polizeichefs Osama Njeem Elmasry in Italien hat eine internationale juristische und diplomatische Kontroverse ausgelöst. Elmasry, dem mutmaßliche Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit vorgeworfen werden, wurde am 19. Januar in Turin auf Grundlage eines Haftbefehls des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) verhaftet. Doch aufgrund formaler Verfahrensfehler entschied ein italienisches Gericht bereits am Folgetag, ihn freizulassen – eine Entscheidung, die es ihm ermöglichte, mit Unterstützung der italienischen Behörden nach Libyen zurückzukehren (mehr Informationen dazu [hier](#)), während zeitgleich Verhandlungen zwischen Italien und Libyen über den Kauf libyschen Öls stattfanden. Der [IStGH \(Internationale Strafgerichtshof\)](#) ermittelt nun gegen die [italienische Regierung](#) wegen möglicher Verstöße gegen die Pflicht zur internationalen Zusammenarbeit. Parallel dazu hat Lam Magok, Aktivist der Organisation Refugees in Libya und selbst [sudanesischer Geflüchteter](#), der als Opfer und Zeuge von Elmasrys mutmaßlichen Verbrechen gilt, in Rom Strafanzeige

gegen die italienischen Regierungsvertreter*innen erstattet.

Während die Regierung vor wenigen Wochen noch [das Gericht in den Haag hart angriff](#) und sogar seine Rechtmäßigkeit in Frage stellte, scheint sie nun [ihren Kurs gewechselt](#) zu haben. Justizminister Carlo Nordio stellte sich dem Gericht für alle notwendigen Erklärungen zur Verfügung. Außerdem erklärte sich die Regierung bereit, Untersuchungen in dem Fall einzuleiten, um herauszufinden wie zukünftige Fälle wie diese verhindert werden können. Unter anderem soll das System zur Übermittlung internationaler Haftbefehle überprüft werden und eine direkte Kommunikationsstelle zwischen der italienischen Botschaft und dem IStGH geschaffen werden. Doch wie aufrichtig diese Erklärung ist, bleibt abzuwarten.

In der Zwischenzeit mischte sich auch US-Präsident Donald [Trump](#) in die Angelegenheit ein, in dem er Wirtschaftssanktionen gegen den Internationalen Strafgerichtshof erließ, dem er „illegitime und unbegründete Handlungen“ vorwirft. Die EU stellte sich jedoch schützend vor den IStGH: „Das System der multilateralen Zusammenarbeit ist entscheidend für die Justiz und die Verteidigung von Rechtsstaatlichkeit.“ Der EU-Justizkommissar betonte weiterhin, dass sich die grundlegende Infragestellung des Justizsystems in Europa von Seiten Trumps negativ auf die globale Stabilität auswirken kann. Die EU werde aus diesem Grund den Gerichtshof mit aller Kraft verteidigen.

Die [Opposition reagierte scharf](#) auf das Vorgehen der italienischen Regierung und betonte, dass Italien mit der Nichtbefolgung der Zusammenarbeitspflicht klar gegen das Völkerrecht verstoßen habe. Der PD-Abgeordnete Andrea Casu kritisierte, dass Nordio im Parlament eher den Eindruck erweckt habe, einen mutmaßlichen Folterer zu verteidigen, anstatt die Prinzipien eines Gründungsmitglieds des IStGH zu vertreten. Auch der Abgeordnete der Partei Europa Verde (Grüne) Angelo Bonelli warf der Regierung vor, das Gericht in Den Haag durch aggressive Rhetorik zu delegitimieren und sich auf die Seite der Täter statt der Opfer zu stellen.

Angesichts der brisanten Lage haben oppositionelle Kräfte einen [Misstrauensantrag gegen Nordio](#)

eingebraucht, während die Staatsanwaltschaft Ermittlungen gegen ihn sowie Premierministerin Giorgia Meloni, Innenminister Matteo Piantedosi



Foto: Internationaler Strafgerichtshof in Den Haag - CC BY-SA 4.0
und Unterstaatssekretär Alfredo Mantovano eingeleitet hat. Zudem fordert die Fünf-Sterne-Bewegung (M5S) eine Untersuchung der Abkommen zwischen Italien und Libyen durch die EU, während die PD auf Maßnahmen zum Schutz des IStGH vor politischen Einflüssen drängt.

Paragon – Italien verwickelt in Spionageaffäre

In den vergangenen Tagen wurde bekannt, dass (u.A.) [italienische Staatsbürger*innen über WhatsApp mit der Spyware „Graphite“ überwacht wurden](#) – eine hochentwickelte Spionagesoftware des israelischen Unternehmens Paragon Solutions. Während die italienische Regierung sowie Geheimdienste und Polizei jegliche Verantwortung von sich weisen, hat Paragon den Vertrag mit Italien aufgrund von Vertragsbrüchen gekündigt. Es sollen 90 Aktivist*innen und Journalist*innen betroffen sein, darunter Luca Casarini, Gründer der humanitären Organisation *Mediterranea Saving Humans*. Gemeinsam mit seinen Anwäl*innen hat er eine [Beschwerde bei der Staatsanwaltschaft in Palermo eingereicht](#), um aufzuklären, wer hinter der Überwachung steckt und ob diese mit seinen politischen Aktivitäten in Verbindung steht. Der Vorfall wirft schwerwiegende Fragen zur Wahrung von Grundrechten und zum Schutz der Privatsphäre auf.

Ein möglicher Zusammenhang zwischen der Spionageaffäre und den politischen Entwicklungen in Libyen sorgt zusätzlich für Aufregung. So vermutet Casarini, dass die Überwachung von ihm und weiteren Betroffenen mit der Arbeit von

Mediterranea Saving Humans in Verbindung steht, welche Seenotrettung im Mittelmeer unternimmt, und Migrant*innen aus Libyen und Tunesien unterstützt. Auch die Tatsache, dass der libysche Aktivist Husam El Gomati zu den Überwachten gehört, könnte auf eine Verwicklung nordafrikanischer Interessen hinweisen. Obwohl **kein direkter zeitlicher Zusammenhang** zwischen der Spionage und der Freilassung Elmasrys nachweisbar ist, bleibt der Verdacht bestehen, dass die Überwachungsmaßnahmen Teil einer breiteren Strategie zur Kontrolle von Migrationsbewegungen und humanitären Akteur*innen sein könnten. **Casarini fordert Antworten** von der italienischen Regierung und warnt davor, den Fall als bloße Spionageaffäre abzutun. Es gehe um die Wahrung fundamentaler Menschenrechte und die Rolle Italiens und der EU in der Zusammenarbeit mit autoritären Akteur*innen in Nordafrika.

Auch die Opposition sieht in der Spionageaffäre einen schweren **Angriff auf die Rechtsstaatlichkeit** und fordert umfassende Aufklärung. Im Europaparlament drängten Abgeordnete der Demokratischen Partei, der M5S, Verdi und der Avs (Alleanza Verdi e Sinistra, Bündnis Grüne und Linke) auf eine **Untersuchungskommission**. Die Vorsitzende der Demokratischen Partei, Elly Schlein, forderte Premierministerin Giorgia Meloni auf, sich im Parlament zu den Vorwürfen zu äußern und die Hintergründe der Geschehnisse aufzuklären, da grundlegende demokratische Rechte wie Presse- und Meinungsfreiheit auf dem Spiel stünden. Der demokratische Europaabgeordnete **Sandro Ruotolo** bezeichnete die Affäre als einen der schwerwiegendsten Angriffe auf die Rechtsstaatlichkeit in Europa. Während Regierungsvertreter*innen die Vorwürfe zurückwiesen, betonte die Opposition, dass es sich nicht um eine private Angelegenheit, sondern um staatlich organisierte Spionage handle – ein Skandal, der nicht unbeantwortet bleiben dürfe.

Monitoringprojekt mit dem Arci Porco Rosso: Wenn Diskriminierung in Krankenhäusern Einzug hält, gibt es kein Zurück mehr

Im neuen Artikel unseres gemeinsamen Monitoringprojektes geht es um das Recht von

Migrant*innen, **gesundheitlich versorgt zu werden**, ohne aufenthaltsrechtliche Probleme zu bekommen. In Palermo breitet sich in den Krankenhäusern eine



Praxis aus, die schwerwiegende Auswirkungen auf Menschenrechte und die öffentliche Gesundheit hat. Immer mehr Ärzt*innen melden Patient*innen ohne legalen Aufenthaltsstatus den örtlichen Behörden. Dabei handeln sie dem hippokratischen Eid zuwider, der die bedingungslose Versorgung für alle Patient*innen und die ärztliche Schweigepflicht festlegt. Diese Situation, die gegen die Grundrechte der Menschen verstößt und das Vertrauen in das Gesundheitssystem gefährdet, erfordert dringende und entschlossene Maßnahmen, so Arci Porco Rosso.

Weitere Informationen zur Situation in Italien finden Sie unter „Projekte“ auf unserer **Homepage**, in den vorherigen Ausgaben des **Scirocco** sowie in unserem **Streiflicht „Kosmos Palermo“**.



Zum Hören **hier** unsere Podcasts aus Italien!

Kontakt

borderline-europe
Menschenrechte ohne Grenzen e.V.
<https://www.borderline-europe.de/>
<mailto:italia@borderline-europe.de>

Der Scirocco erscheint im Jahr 2025 mit freundlicher Unterstützung der Evangelischen Kirche im Rheinland (EKIR)

Titelfoto: Wolfgang Hasselmann, unsplash